

gegenwärtigen Verhältnisse der DDR zu verstehen und zu beschreiben, habe man in wichtigen Punkten keine Position finden können. Deshalb brauche es ein offenes Gespräch untereinander und in der Gesellschaft.

Im „Wort an die Gemeinden“, das zum Abschluß der Ökumenischen Versammlung verlesen wurde, heißt es denn auch, viele Fragen stellten sich am Ende schärfer als am Beginn der Versammlung. Gleichzeitig stellt der Text aber auch fest: „Die neu erfahrene Gemeinschaft von 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften haben wir als kostbares Geschenk Gottes angenommen. Die ökumenische Dynamik unserer Versammlung ist nicht umkehrbar; wir haben sie als hoffnungsvoll für den weiteren Weg unserer Kirchen erlebt.“ Bischof *Bernhard Huhn* (Görlitz), der als Ökumenebeauftragter der Berliner Bischofskonferenz in Dresden die Ergebnistexte für die katholische Kirche entgegennahm, nannte die Versammlung einen „neuen Schritt ökumenischer Erfahrung“.

Eine differenzierte katholische Stellungnahme ist vorgesehen

Tatsächlich bedeutete es für die katholische Kirche der DDR einen *Sprung über den eigenen Schatten*, sich zusammen mit den anderen Kirchen den Themen des konziliaren Prozesses in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse in der DDR zu stellen und sich um gemeinsame Analysen und Antworten zu bemühen. Vorgearbeitet in diese Richtung hatte z. B. Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), mit seinem Grußwort an die Synode des Kirchenbundes im Herbst 1986. Dort hatte Wanke ausgeführt, er würde als katholischer Bischof begrüßen, „wenn es uns gelänge, die Stimmen der Christen in diesem Land zu einem eindrucksvollen Zeugnis, etwa für einen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, zu vereinen“. Wichtig waren aber wohl vor allem die Erfahrungen des Dresdener Katholikentreffens von 1987 (vgl. HK, August 1987, 363 ff.), wo sich zeigte, daß

auch vielen Katholiken die im konziliaren Prozeß verhandelten Themen auf den Nägeln brennen.

Ebensowenig wie das Dokument des bundesdeutschen ACK-Forums zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und das Schlußdokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung von Basel (vgl. ds. Heft, S. 284) sind die Ergebnistexte von Dresden für die beteiligten Kirchen verbindlich. Bischof *Huhn* wies darauf hin, für die katholische Kirche bedeute die Entgegennahme der Arbeitspapiere verständlicherweise noch keine Textübernahme oder Zustimmung zu den Inhalten.

Afrika: Fünfter Pastoralbesuch Johannes Pauls II.

Mit zwei von ihren vier Stationen schloß die fünfte Afrikareise des Papstes geographisch unmittelbar an den erst sieben Monate zurückliegenden vierten Pastoralbesuch auf dem afrikanischen Kontinent an. Hatte Johannes Paul II. im September des vergangenen Jahres Zimbabwe, Botswana, Lesotho, Swaziland und Mozambik besucht (vgl. HK, Oktober 1988, 460 f.), so standen diesmal mit Sambia und Malawi zwei weitere Länder des südlichen Afrika auf dem Programm, beide vor ihrer 1964 erreichten Unabhängigkeit Teil des britischen Kolonialreichs. Die ersten Tage seiner Reise, die vom 28. April bis zum 6. Mai dauerte, widmete Johannes Paul II. zwei frankophonen Ländern bzw. Territorien im Indischen Ozean: dem sprachlich-kulturell dem malaiischen Kulturkreis zugehörigen Madagaskar, das 1960 von der bisherigen Kolonialmacht Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen wurde, und dem benachbarten französischen Überseedépartement La Réunion, dessen Bevölkerung sich aus Afrikanern, Madagassen, Indern und Europäern zusammensetzt. In La Réunion sind fast 90 Prozent der Einwohner katholisch; in den anderen Ländern, denen die 41. Auslandsreise des Papstes galt, machen die Katholi-

ken jeweils einen ansehnlichen Teil der Bevölkerung aus: 22 Prozent der Madagassen sind katholisch (ca. 20 Prozent sind Protestanten verschiedener Denominationen, sieben Prozent Muslime, über die Hälfte der Bevölkerung sind Anhänger von Naturreligionen); Sambia zählt 28 Prozent Katholiken (10 Prozent Protestanten); in Malawi stellen die Katholiken ca. 20 Prozent der Bevölkerung, die insgesamt zu etwa zwei Dritteln christlich ist (16 Prozent sind Muslime).

Monsignore *Dieter Grande* (Berlin), der von katholischer Seite zum Präsidium der Versammlung gehörte, kündigte in Dresden an, die Berliner Bischofskonferenz werde voraussichtlich bei ihrer nächsten Vollversammlung im Juni festlegen, wie mit den Ergebnissen der Ökumenischen Versammlung weiter verfahren werden solle. Gedacht sei an eine Umstrukturierung der Arbeitsgruppe „*Iustitia et Pax*“ (durch sie war die katholische Kirche an der Versammlung vertreten), zu einem Organ, das die Weiterarbeit leisten könne. Außerdem sei eine „differenzierte Stellungnahme“ zu den Texten vorgesehen. *U. R.*

Schützenhilfe für den einheimischen Episkopat

Beim Afrikabesuch im letzten September richtete sich das Interesse vorrangig auf die Äußerungen Johannes Pauls II. zur Situation in der Republik *Südafrika*, die vom Besuchsprogramm ausgespart war, auch wenn der Papst aufgrund technisch-klimatischer Störungen dann doch südafrikanischen Boden betreten mußte. Diesmal war das Thema *Apartheid* nur eines unter vielen. In Sambia (in dessen Hauptstadt Lusaka der „African National Congress“ sein Hauptquartier hat) ließ es der Papst an deutlichen Worten allerdings nicht fehlen. In seiner An-

sprache an das Diplomatische Corps am 3. Mai in Lusaka verurteilte er den Rassismus und seine Erscheinungsformen in „Systemen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Diskriminierung“ als unvereinbar mit christlichem Glauben und christlicher Liebe. Diskriminierung müsse nicht durch neue Gewalt, sondern durch Versöhnung überwunden werden. Der Papst verwies auf die Vereinbarungen für Namibia und Angola als hoffnungsvolles Zeichen: Es sei wichtig, daß diese Prozesse durch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gefördert und weiter gestärkt würden. Gleichzeitig rief der Papst angesichts der *Schuldenkrise* zu einer „neuen und mutigen internationalen Solidarität“ auf: „Ist es nur eine rhetorische Frage, wenn man fragt, wie viele Kinder täglich in Afrika sterben, weil die Ressourcen zur Rückzahlung von Schulden verwandt werden?“

Auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme der von ihm besuchten Länder ging Johannes Paul II. eher zurückhaltend und indirekt ein. In Madagaskar, wo Proteste der Opposition gegen die desolate wirtschaftliche Lage und gegen das Regime des seit 1975 amtierenden Präsidenten *Didier Ratsiraka* unmittelbar vor seinem Eintreffen Tote und Verletzte gefordert hatten, bekräftigte der Papst entsprechende Stellungnahmen der Bischöfe und von Laienvertretern aus den letzten Jahren. In seiner Ansprache an die Bischöfe führte er aus: „Mögen die politisch Verantwortlichen auf all das reagieren, was den Mut zur Arbeit, die Ehrlichkeit, Sicherheit und Frieden, den Sinn für das Gemeinwohl, die Ethik des Dienstes, den sozialen Fortschritt und die nationale Einheit bedroht!“

In Sambia, dessen einseitig auf dem Kupferbergbau basierende Wirtschaft seit einigen Jahren in erhebliche Schwierigkeiten geraten ist (die Landwirtschaft wurde wie in vielen afrikanischen Ländern vernachlässigt), besuchte der Papst auch den Kupfergürtel, wo ihm der dortige Bischof in seiner Begrüßungsansprache die herrschende Arbeitslosigkeit vor Augen führte. Auch in Sambia mahnte Johan-

nes Paul II. die Katholiken, ihre Verantwortung für ihr Land wahrzunehmen. Für das Sambia von morgen würden heute wirkliche Werte gebraucht: „Ehrlichkeit, Integrität und Wahrhaftigkeit“ (Ansprache bei der Begegnung mit Jugendlichen in Lusaka). In La Réunion rief er die Gläubigen dazu auf, bewußt als Christen zu leben; ihr Katholischsein solle nicht nur das individuelle Verhalten prägen, sondern auch das gemeinschaftliche und gesellschaftliche Leben: „Es gibt eine Art des Lebens und Handelns, die sich auf die Strukturen der Gesellschaft auswirken muß.“

Geburtenregelung, Sekten, Inkulturation

In dem französischen Überseedépartement sprach Johannes Paul II. den Ordensbruder *Jean-Bernard Rousseau* selig, der im letzten Jahrhundert als Helfer der Sklaven auf La Réunion wirkte. Eine weitere Seligsprechung hatte der Papst zuvor auf Madagaskar vorgenommen; dort war es die von *Victoire Rasoamanarivo*, einer Frau, die sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts für die damals angefeindete katholische Kirche in ihrem Heimatland einsetzte. Der Rückblick auf die Geschichte der katholischen Mission war darüber hinaus fester Bestandteil der allermeisten Ansprachen auch dieser Papstreise. „Ich bitte euch, den missionarischen Geist lebendig zu erhalten und die Saat zu pflegen, die hier gesät wurde“ – diese Worte Johannes Pauls II. an Priester, Ordensleute und Seminaristen in Lusaka zogen sich wie ein roter Faden durch alle Stationen der Reise, aufgefächert in die Appelle an Priester, Ordensleute, Laienverantwortliche und Familien, ihre jeweilige Berufung ernst zu nehmen.

Gleich mehrmals stellte der Papst den *Wert von Ehe und Familie* heraus und unterstrich die Bedeutung einer stabilen Bindung anstelle von flüchtigem Vergnügen. In Malawi beklagte er, daß es dort viele nicht kirchlich geschlossene Ehen und ledige Mütter gebe. Mit gewohnter Deutlichkeit verteidigte er die *päpstliche Lehre zur Ge-*

burtenregelung: Diese erscheine zwar als schwierig, aber viele Paare bezeugten, daß man ihr folgen könne und daß sie gegenüber dem „Imperialismus der Kontrazeption“ sogar eine Befreiung sein könne (Predigt in Fianarantsoa am 1. Mai).

Auf ein drängendes Problem für die katholische Kirche wie für andere Kirchen in zahlreichen afrikanischen Ländern kam Johannes Paul II. bei der ökumenischen Begegnung im Sambia zu sprechen (solche Begegnungen standen auch in Malawi und Madagaskar auf dem Programm): Die *Vermehrung unabhängiger afrikanischer Kirchen* und neue religiöse Bewegungen könnten eine Quelle der Verwirrung für viele sein, besonders für jüngere Menschen. Bei der Begegnung mit den Bischöfen von Malawi beklagte der Papst einen „aggressiven Proselytismus“ anderer Konfessionen und Religionen, der störend und verletzend wirke, und sprach von „unwürdigen Methoden“, mit denen Katholiken abgeworben würden. Dabei nannte er ausdrücklich den *Islam* und wiederholte seinen beim Besuch in Marokko 1985 ausgesprochenen Appell an Christen und Muslime.

Zum Thema *Inkulturation* nahm Johannes Paul II. bei seiner Begegnung mit den madagassischen Bischöfen Stellung. Bei der Inkulturation sei der Dialog mit der Universalkirche und den anderen afrikanischen Teilkirchen wichtig, „damit die Originalität der christlichen Botschaft mit ihrer theologischen und ethischen Struktur bewahrt bleibt“. Das Bemühen um Inkulturation ersetze nicht, sondern verlange und orientiere gerade die Anstrengungen einer grundlegenden und systematischen Glaubensbildung auf allen Altersstufen. Bei gleicher Gelegenheit sprach der Papst die von ihm Anfang des Jahres angekündigte *Sondervollversammlung der Bischofssynode für Afrika* (vgl. HK, Februar 1989, 53 f.) an. Beim Treffen mit den Bischöfen von Sambia gab er seiner Zuversicht Ausdruck, die Synode werde ein „besonders gnadenreicher Anlaß für die Kirche in Afrika“. Er habe sie einberufen als Ergebnis der häufigen Bitten verschiedener Gruppen und

Einzelpersonen in den vergangenen Jahren, aber auch weil er selbst die Vitalität der afrikanischen Kirche während seiner Pastoralreisen kennengelernt habe.

Der Papst setzt auf Afrika

Daß der Papst auf die Zukunft der Kirche in Afrika wie auf die afrikanische Tradition große Hoffnungen setzt, wurde bei seinem letzten Gottesdienst in Malawi deutlich, wo er die Afrikaner vor der „Freiheit der modernen Lebensweise“ warnte und sie dazu aufforderte, ihr Leben an den afrikanischen Traditionen und am Glauben auszurichten. Schon bei der Begegnung mit Jugendlichen in Madagaskar hatte Johannes Paul II. von der Destabilisierung durch den kulturellen

und technischen Austausch in der modernen Welt gesprochen. Es brauche „Klarheit, Toleranz, aktives Unterscheidungsvermögen, um eine lebendige Kultur aufzubauen, die mit neuen Elementen angereichert ist, ohne ihre wahren Wurzeln zu verlieren“. Daß der Papst angesichts des von ihm immer wieder in düsteren Farben gemalten Säkularismus in den westeuropäischen Ländern hoffnungsvoll auf die jungen Kirchen in Afrika blickt, wo ihm die Menschen auf seinen Reisen zujubeln (in Madagaskar kam es bei der Seligsprechung zur größten Menschenansammlung seit der Unabhängigkeit), ist verständlich. Allerdings dürfte die Wirklichkeit der afrikanischen Länder wie der dortigen Kirche seinen Visionen vom Wert der afrikanischen Tradition als Gegengift zu den negativen Auswirkungen der Moderne nur sehr begrenzt standhalten.

U. R.

Panama: Vereitelte Demokratisierung

Der offensichtliche Wahlbetrug in Panama hat zu blutigen Unruhen in der Bevölkerung und zu verschärfter Repression geführt. Aus den allgemeinen Wahlen vom 7. Mai sei, so ließ die amtierende Regierung *Solís Palma* am Abend des Wahltags mitteilen, erwartungsgemäß der Kandidat der acht Regierungsparteien, *Carlos Duque*, hervorgegangen. Erwartungsgemäß allerdings insofern, als der allgemein vorausgesagte Wahlbetrug auch tatsächlich stattfand. Oppositionelle, kirchliche und ausländische Wahlbeobachter, darunter zwei deutsche Bundestagsgeordnete sowie die ehemaligen amerikanischen Präsidenten *Carter* und *Ford*, erhoben den Vorwurf der Wahlfälschung; die Opposition beanspruchte am Tag nach der Wahl mit 60 bis 70 Prozent der Stimmen den Wahlsieg für sich; die Regierung sah sich auch nach drei Tagen nicht in der Lage, die Wahlergebnisse bekanntzugeben.

Statt dessen erklärte sie am 11. Mai die Annullierung der Wahl mit der pikan-

ten Begründung, es seien Wählerverzeichnisse gestohlen worden und Wahlzettel verschwunden. Gleichzeitig kam es zu Straßenunruhen und blutigen Überfällen bewaffneter paramilitärischer Banden auf Oppositionelle. Am Wahltag selbst war der niederländische Geistliche *Nikolaus van Cleef* von einer Patrouille erschossen worden, als er seine Gemeinde wie üblich aus seinem Auto per Lautsprecher zum Gottesdienst rief. In einer prompten Erklärung übte Washington scharfe Kritik an der Annullierung der Wahl. Man könne nicht eine Wahl für ungültig erklären, bloß weil einem das Ergebnis nicht gefalle.

Die Wahlen vom 7. Mai hätten eine neue demokratische Phase des seit fünf Jahren von Krisen geschüttelten Landes einleiten sollen. Es schien, als seien die oppositionellen demokratischen Kräfte stark genug, die Regierung *Solís Palma* und den eigentlichen Machthaber Panamas, General *Manuel Antonio Noriega*, auf legalem Wege abzulösen. Die Aussicht trog.

Offenbar wurde statt dessen, welche Machtfülle *Noriega*, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, innehat – und durch ihn die Armee, die, seit sie 1968 die Macht im Staat übernahm, ins Zentrum der Politik rückte.

Unter der gemäßigten Militärherrschaft General *Omar Torrijos'* (1968–1977) erlebte das Land noch wirtschaftlichen Aufschwung, der allerdings mit einer hohen Auslandsverschuldung einherging, Panama entwickelte sich zu einem internationalen Bankenzentrum. 1983 wurde der ehemalige Chef des militärischen Geheimdienstes, *Noriega*, Oberbefehlshaber der Streitkräfte; bis 1988 kürte er fünf Präsidenten und setzte sie wieder ab. Unter seiner Führung trat die Armee zunehmend repressiv und brutal auf.

Noriega selbst gilt als bedenkenloser Opportunist, war gleichzeitig Agent des CIA und Waffenlieferant für lateinamerikanische linksgerichtete Guerilla-Gruppen (vermutlich aber auch der „Contra“ in Nicaragua) und ist von einem amerikanischen Gericht wegen internationaler Drogengeschäfte angeklagt. Innenpolitisch propagiert er – mit Erfolg, wie sich auch im letzten Wahlkampf zeigte – einen anti-amerikanischen, populistischen Nationalismus. In der innenpolitischen Krise 1987/88 (vgl. HK, Mai 1988, 227) konnte sich *Noriega* nur mit Hilfe der Armee an der Macht halten, die aus der Absetzung des rücktrittsunwilligen *Noriega* eine politische Posse inszenierte, indem sie ihrerseits den amtierenden Präsidenten *Delvalle* absetzte – und dies in einem Staat, dessen Verfassung die Streitkräfte zu politischer Neutralität verpflichtet.

Selbst die Amerikaner vermögen wenig

Die zweite faktische politische Größe Panamas befindet sich außerhalb seiner Landesgrenzen: die *Vereinigten Staaten*. Sie ließen, obwohl nicht eingeladen, eine Wahlbeobachterdelegation, mit Sondervisa ausgestattet, auf einem US-Stützpunkt in Panama landen, finanzierten über den CIA den